



VEF

05.07.2012

Von Volker Kiemle

VEF: Schockiert über das Kölner Urteil zur Beschneidung

Die Vereinigung Evangelischer Freikirchen (VEF) fordert die Bundesregierung auf, für Rechtsklarheit bei der Beschneidung von Jungen aus religiösen Gründen zu sorgen.

Schockiert ist die Vereinigung Evangelischer Freikirchen (VEF) über das Kölner Beschneidungs-Urteil. In einem Brief an Bundeskanzlerin Angela Merkel betonten VEF-Präsident Ansgar Hörsting und Vizepräsidentin Bischöfin Rosemarie Wenner, dass die Beschneidung zwar ein Eingriff in die körperliche Unversehrtheit sei, aber keiner, der das Kindeswohl schädige, sondern ihm sogar förderlich sein könne. Indem die Beschneidung aus religiösen Gründen als dem Kindeswohl abträglich definiert werde, würden die beiden davon betroffenen Religionen, das Judentum und der Islam, diskreditiert und die Menschen jüdischen oder muslimischen Glaubens, die diesem Ritus in Deutschland folgen, diskriminiert. »Juden, die sich in

ihrer religiösen Auffassung im Kern an die Beschneidung gebunden wissen, und Muslime, die sich dieser Tradition verpflichten, werden in Deutschland als Straftäter behandelt«, heißt es in dem Brief. Ein geringfügiger körperlicher Eingriff werde hier mit maximaler Wirkung zur Ausgrenzung von Menschen besonderer Religionszugehörigkeit kriminalisiert.

»Als Christinnen und Christen, die ihren Glauben in tiefer Hochachtung und Wertschätzung des Judentums leben, in dem der christliche Glaube wurzelt, können wir die Entscheidung des Gerichtes nicht unkommentiert lassen«, schreiben Hörsting und Wenner. »Als Bürgerinnen und Bürger dieses Staates, der die Menschenrechte achtet und die Religionsfreiheit garantiert, bitten wir darum mit Nachdruck den Gesetzgeber, hier für Rechtsklarheit und Schutz der Menschen in unserem Land zu sorgen, die eine Beschneidung von Jungen aus religiösen Gründen in ihrer elterlichen Sorge als eine dem Wohl des Kindes zuträgliche Entscheidung verantworten.«

Volker Kiemle

© 2019 - Evangelisch-methodistische Kirche